

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Veröffentlichungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementspreis pro Quartal M. 2 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Montag mittags 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf für die dreispaltige Zeile oder deren Raum berechnet

Vergesellschaften, enteignen, verteilen.

Zur Sozialisierung der Wirtschaft.

In unserer Jugend haben die Gegner der Sozialdemokratie die Volksmassen noch dadurch vor dieser Partei gruselig zu machen versucht, daß sie das Gespenst der Teilung an die Wand malten. Sie stellten es so dar, als wollten die Sozialdemokraten den Besitzenden alles ihre Habe wegnehmen, um sie an die Armen zu verteilen. Gegen diese angelegliche Fiktion kämpften sie mit gut gemunter Entschlossenheit. Sie erklärten, eine allgemeine Teilung wäre weder gerecht noch vernünftig. Das Eigentum der Besitzenden sei eine Folge ihrer Tüchtigkeit und Sparsamkeit; es sei rechtmäßig erworben und müsse ihnen deshalb auch als Eigen verbleiben. Würde man das Eigentum der Reichen an die Armen verteilen, so würden die meisten von diesen damit noch nichts anfangen. Sie würden ihr mühselig erworbenes Gut im Verfallnis verfaulen, und in ganz kurzer Zeit bestände wieder die alte Ungleichheit.

Es ist lange gedauert, bis dieser Verteilungssinn aus der sozialistenfeindlichen Agitation verschunden war; aber dieser Umform hat wohl noch gewirkt, und steterweise scheinen selbst manche Arbeiter an diesen Umform heute zu glauben. Es gibt Leute, die von einer „Enteignung der Kapitalisten“ sprechen und die sich diese Enteignung so vorstellen, als ob nun eines Tages den „Kapitalisten“ ihr ganzer Reichtum abgenommen und unter die Arbeiter verteilt werden könnte, so daß es dann gewissermaßen immer an Stelle eines einzelnen Kapitalisten deren eine ganze Reihe gäbe.

Die so denken, vergessen ganz, daß der Reichtum der Kapitalisten nicht in Geld besteht, das man einfach aus den Kassenschränken oder dem Tresor der Banken nehmen und verteilen kann, sondern zum größten Teil aus Produktionsmitteln: aus Fabriken, Maschinen, Werkzeugen und andern Dingen. Sie sind das „Kapital“ der Kapitalisten. Man kann diese Dinge nicht auseinanderreißen und verteilen; denn sie werden zur Beschäftigung der Arbeiter, zur Herstellung der lebensnotwendigen Bedarfsartikel und zur Erzeugung neuer Produktionsmittel tagtäglich gebraucht. Sie sind die Grundlagen unserer ganzen Existenz. Ohne sie wären wir noch heute auf jene einfachen Betriebsformen und Betriebsmittel angewiesen, mit deren Hilfe sich vor Jahrtausenden und Jahrtausenden unsere Vorfahren durchs Leben schlugen, wobei die Erde nur einen kleinen Teil der heutigen Menschheit ernähren konnte. Die Verteilung des Kapitals wäre gleichbedeutend mit der Vernichtung der Produktionsmittel und der Zerstörung der Grundlagen unserer ganzen Existenz.

Die Sozialdemokratie erstrebt denn auch nicht die Verteilung, sondern die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln durch seine Ueberführung in gesellschaftliches Eigentum, soweit es zu dieser Ueberführung schon reif ist. Sie will nicht durch die Zerteilung und Verteilung der Produktionsmittel unsere Wirtschaft zerschüttern und die Grundlagen unserer Existenz vernichten, sondern sie will umgekehrt durch die Entfaltung der Produktion auf höchster Stufe unserer Wirtschaft und Kultur zur denkbar höchsten Blüte führen.

In Gaudenz hat kürzlich ein Kapitalist, der Geheimnisse der Sozialdemokratie, Hauptingenieur einer großen Maschinenfabrik, als von der Verteilung seiner und seiner Millionen Millionen die Rede war, mit vollem Recht und in durchaus vernünftiger Weise erklärt: er werde im Interesse seiner Arbeiter und Angestellten seine Millionen nicht verteilen; denn damit trieben sie alle dem Volkswissen und dem Glanz entgegen. „Die Millionen“, sagte er, „stecken in meinen Betrieben und sind Wirtschaftsfaktoren zum Nutzen der Allgemeinheit. Wenn ich die Betriebe zerlege und den Reichtum an die Arbeiter verteile, kann jeder einzelne nur wenige Monate davon leben und dann sind sie für unbrauchbar Zeiten verloren.“ Um aber die Arbeiter mehr als bisher an seinen Betrieb zu beteiligen und sie gewissermaßen zu Herren und Eigentümern seiner

Fabrik zu machen, schlug er ihnen vor, sie sollten sich alle zu einer Genossenschaft zusammenschließen und sich als solche auf dem Gebiet eintragen lassen. Dieser Genossenschaft, die sich ganz nach Belieben ihren Vorstand wählen könne, wolle er dann den Betrieb übergeben. Alle Vorarbeiten der Genossenschaft weit unter Tagespreisen angedrungen werden, auch sollte die Genossenschaft noch einige Hunderttausend Mark bares Geld als Betriebskapital erhalten. Das ganze so hergegebene Vermögen sollte die Genossenschaft der Arbeiter nur mit 3000 Tausend verwalten und die Ausschreibungen von Werte sollten nur auf ein notwendiges angelegt werden. Den ganzen übrigen Gewinn sollten die Arbeiter unter sich verteilen.

Das ist eine andere, jedenfalls erheblich vernünftigerer Art der Verteilung des Reichtums der Reichen, als die vorher skizzierte. Vernünftiger deshalb, weil hier nicht das Kapital, nicht die Produktionsmittel verteilt werden sollen, sondern nur der Gewinn der Arbeiter und dem Kapitalisten gemeinsam erzeugte Produktionskraft. Bei dieser Art der Verteilung würde die Grundlage der Produktion nicht zerstört. Das Kapital bliebe erhalten, die Produktion bliebe im Gange. Nur der Besitzer hätte gewechselt. An Stelle des Herrn Kommerzienrats Wenzli beziehungsweise der von ihm vertretenen Aktiengesellschaft stände, wenn die Umwandlung zustande käme, in Zukunft eine Arbeitergenossenschaft; die Gewinne, die früher die Besitzer der Aktien einbrachten, stiege dann die Genossenschaft der Arbeiter ein. Es würde sich nur fragen, ob diese Genossenschaft dann auch, in der Lage wäre, noch Gewinne zu produzieren, das heißt, ob die geschäftliche Leitung des Unternehmens dann noch so wäre, daß nicht nur die Geschäftskosten gedeckt werden könnten, sondern auch noch Gewinne abließen.

Da Herr Kommerzienrat Wenzli der Arbeitergenossenschaft nicht nur seine gesamten bereits gemachten Erfindungen — die, wie er sagte, die Grundlagen seines Vermögens waren — unsonst zur Verfügung stellen will, sondern seinen Arbeitern außerdem noch verspricht, daß neuen Konstruktionen sinnen und sie dem Betrieb, der sein Lebensnerv war, unsonst zur Verfügung stellen zu wollen, so lange ihm der Schöpfer die Kraft dazu gebe, so ist es sehr wohl möglich, daß der Betrieb auch in Zukunft rentabel wäre. Die Voraussetzung dazu wäre allerdings, daß die Arbeiter als Besitzer des Betriebes mindestens ebensoviel leisten, wie sie zuvor in dem Betriebe des Herrn Wenzli geleistet haben. Täten sie das nicht oder stellten sie an die von ihnen eingesezte Leitung des Betriebes so hohe Lohnansprüche, wie sie heute von den Arbeitern einzelner Betriebe an ihre Unternehmer gestellt werden, so würden sie bald erleben, daß ihr Betrieb konfuzurzunfähig würde und dem Zusammenbruch entgegenginge, ganz besonders dann, wenn der Betrieb mit dem Zustand zu konkurrieren hätte.

In übrigen wäre die Ueberführung eines einzelnen Betriebes aus den Händen eines Kapitalisten oder einer kapitalistischen Aktiengesellschaft in die Hände einer Genossenschaft von Arbeitern noch keine Vergesellschaftung der Produktionsmittel im sozialistischen Sinne. Auch wenn alle kapitalistischen Betriebe in die Hände der darin beschäftigten Arbeiter übergingen, wäre das keine Vergesellschaftung der Produktion. In der vergangenen Woche hat man ja in Berlin auf diese Weise zu „Sozialisieren“ versucht. Arbeiter, ansehende Anhänger des Spartakus, haben einem Unternehmer seinen Betrieb abgenommen und ihn unter die Leitung des Arbeiterausschusses zu stellen versucht. Der „Vorwärts“ wies bei dieser Gelegenheit mit Recht darauf hin, daß durch solche Streiche noch lange nicht das Privateigentum aufgehoben, sondern lediglich der Versuch gemacht werde, ein bestimmtes Stück Privateigentum gewaltsam in andere Hände zu bringen. „Der Sozialismus“, sagte der „Vorwärts“, will nicht die Arbeiterkraft jedes Unternehmens zum Herrn über dieses machen, sondern lediglich hierzu geeigneten Unternehmen unter die geordnete Verwaltung der demokratisch organisierten Volksgemeinschaft stellen. Der Eigentumswechsel vollzieht sich also nicht zwischen Unternehmer und Arbeiter, sondern zwischen Unternehmer und Allgemeinheit.

Nur so kann das Privateigentum an Produktionsmitteln beseitigt werden.“

Das eben ist das Wesen der Vergesellschaftung, daß die ganze demokratisch organisierte Volksgemeinschaft Eigentümer der für die Sozialisierung reifen Produktionsmittel wird, so daß sie Gelegenheit erhält, die Produktion planmäßig im größten Maßstabe zu organisieren.

Uebrigens wäre es ganz verkehrt, wenn man annehmen wollte, die Arbeiter könnten nach der Vergesellschaftung der Produktionsmittel den ganzen heute den Kapitalisten zuzustehenden Mehrwert restlos selber verzehren. Davon ist gar keine Rede. Auch der Kapitalist konnte ja im allgemeinen niemals den ganzen Mehrwert verzehren, den ihm „seine“ Arbeiter geschaffen hatten. Er steckte vielmehr einen Teil dieses Mehrwerts ständig aufs neue in die Produktion, er benutzte ihn zur Erneuerung, Erweiterung und Verbesserung der Betriebe, er kaufte dafür neue Maschinen und bezahlte damit neue Arbeiter. Nur indem die Kapitalisten einen Teil des von den Arbeitern geschaffenen Mehrwerts so anlegten, wurde der industrielle Fortschritt ermöglicht, nur dadurch wurde die Grundlage für unsere heutige Produktion geschaffen. Die Kapitalisten mußten ferner einen Teil des von den Arbeitern geschaffenen Mehrwerts in Gestalt von Steuern an Reich, Staat und Gemeinde abgeben, die ihn für die verschiedensten, unter anderem auch für kulturelle und soziale Zwecke: zum Bau von Schulen, zur Begabung der Lehrer, zur Einrichtung von Krankenhäusern, zum Ausbau der sozialen Versicherung usw. verwandten. Auf alle diese Dinge werden nach der Ueberführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum auch der sozialistische Staat und die sozialistische Gemeinde nicht verzichten können. Sie werden im Gegenteil für soziale und kulturelle Zwecke: Ausbau des Schulwesens, Erziehung der Jugend, Versorgung der Kranken und Invaliden usw. weit mehr aufwenden und aufwenden müssen, als dies Staat und Gemeinde unter kapitalistischer Herrschaft getan haben.

Was in einer sozialistischen Gesellschaft von dem heute den Kapitalisten zuzustehenden Mehrwert den Arbeitern zukommen kann, kann nur jener Teil sein, den die Kapitalisten heute als Konsumenten (für Vergnügung, zu ihrer und ihrer Familien Ernährung, zur Erhaltung von Dienerschaft und ähnlichen Dingen) verbrauchen. Das ist, auf die Gesamtheit der Arbeiter umgerechnet, nicht allzuviel. Die Steigerung der Produktion durch Verbesserung der Produktionsmethoden und durch volle Hingabe der Arbeiterkraft für die Sache der Allgemeinheit wird deshalb eine wichtige Voraussetzung für die Sozialisierung unserer Wirtschaft sein. Nur dann ist die Sozialisierung, ist die Vergesellschaftung der Produktionsmittel zweckmäßig, wenn die Sozialisierung einen Fortschritt bedeutet, wenn damit die Produktivität erhöht und das Wohlfürgehen aller gefördert wird.

Zur Lohnrechnung.

In der vorigen Nummer des „Grundstein“ haben wir bereits kurz die Entscheidung des Zentralkomitees der Arbeitergenossenschaft über die Lohnrechnung im Dangenwerde wiedergegeben. Die Niederschrift der Verhandlung nebst Begründung der Entscheidung lag uns da noch nicht vor. Sie ist inzwischen ausgegangen und lautet:

Berlin, den 29. November 1918.

In seiner heutigen Sitzung hat der Vorstand der Arbeitergenossenschaft zwischen den Arbeitgeberverbänden und Arbeitnehmerorganisationen vom 16. November 1918 vorläufig eingesezte Zentralkomitee unter dem Vorsitz des Geheimen Kommerzienrats Dr. v. Borffig (Berlin) und unter Mitwirkung der nachfolgenden Herren: Direktor Heinrich (Berlin), Dr. Sorge (Magdeburg), Geheimrat Vergat Hilger (Kattowich), Direktor Burgers (Berlin), Dr. Danilow (Berlin), Georg Howard (Hamburg), Dr. Zänzer (Berlin) als Protokollführer, Generalsekretär Legien (Berlin), A. Schlichte (Berlin), Th. Leipart (Berlin), H. Kube (Berlin), A. Stegerwald (Berlin), Gustav Hart

und Dalkwägeregimes nicht zugunsten habe. Eine solche Bewusstseinsbildung ist mit aller Entschiedenheit zurückzuführen. ...

Urban vollstimmte gegen Bauer, der alle Beschwerden von angeblich verengten Arbeiterorganisationen gläubig ...

Legien weist den Anspruch Urbans zurück, daß die bürgerlichen Angehörigen der Arbeitergemeinschaft ...

Die mit einigen kleinen Abänderungen angenommene Resolution lautet: Die Konferenz der Vertreter der Verbandsoberstände ...

Die Konferenz stimmte dem einstimmig dem Abschluß einer Arbeitergemeinschaft der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände zu. ...

Legien berichtet, daß diese Stellung ein Eingeständnis gegen die kleineren Gewerkschaftsgruppen bedeute, ...

Weiter wurden die §§ 7 (Zentralrat), 8 (Zentralrat, Zusammenfassung, Wahl und Aufgaben) sowie 9 (Kosten der Arbeitergemeinschaft) unbeschadet angenommen. ...

Aufruf an die Arbeitslosen.

Die Arbeitergemeinschaft der Industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmerverbände wendet sich mit folgendem Aufruf an das werksame Volk Deutschlands.

Was kann uns retten?

Uns allen droht der Untergang! Unerschütterliche feindliche Waffenstillstandsbedingungen und überhöhte Demobilisierung haben das Überleben unserer Wirtschaftsmaschine aufs schwerste gefährdet. ...

Arbeitslos, heßt Gicht fördern!

Arbeitsmangel herrscht in der Eisen- und Stahlindustrie. Gicht ist das Mückgen des Erwerbslebens. Ohne eigenen Pflug und Spaten keine Arbeit, ohne Ernte, daher keine Nahrung. ...

Arbeitslos, heßt Gicht schaffen!

Arbeitsmangel herrscht vielerorts im Transportgewerbe. Das Transportgewerbe ist das Triebrad des Volksebens. Unsere Verkehrsmittel sind abgenutzt. ...

Arbeitslos, heßt den Güterverkehr bedrohen!

Arbeitsmangel herrscht in der Land- und Forstwirtschaft. Die Landwirtschaft ist unsere Nahrungsmutter. Kartoffeln stehen noch in der Erde und drohen zu verderben. ...

Arbeitslos, geht in die Land- und Forstwirtschaft!

Ausgleich der Arbeitskräfte ist das Gebot der Stunde. Arbeitslos, heißt nicht in den Großstädten! Arbeitslosigkeit wird noch lange bestehen, weil Pflug und Sichel nicht herankommen und Äcker ungepflügt! ...

Arbeiter, ihr habt euer Schicksal in der eigenen Hand!

Wer arbeitet, nicht sich selbst und seinen Volksgenossen. Wer nicht arbeitet, verdirbt sich an der Allgemeinheit und schadet sich selbst. ...

Volksgenossen, erkennet und übt wahre Solidarität!

Setzt den Arbeitstillen und das Verantwortungsgefühl unserer Väter, sonst macht ihr Euch mitschuldig am Untergang unseres Volkes.

Arbeitslos, meldet euch bei den Demobilisierungsausschüssen in den Stadt- und Landkreisen.

Bei Arbeitsmangel ist freie Eigenbahngahrt aus öffentlichen Mitteln genehmigt.

neben dem regelmäßigen Beitrag einen Extrabeitrag von 10 Pf. pro Kopf der Mitglieder zu zahlen.

Sodann machte Legien der Konferenz einige Mitteilungen über die innere Verwaltung der Generalvollmission nach Eintritt ihrer Angehörigen in die Regierung sowie nach Rückkehr mehrerer Angehörigen aus dem Dienst. ...

Am weiteren berichtete Legien, daß er zum Kontrollrat des Döten Kreises eingesetzt worden sei. Die Generalvollmission habe ferner ein Flugblatt für Massenagitation herausgegeben, dessen Druck in den Agitationsbüros besorgt werden soll. ...

Berichte.

Erfurt. Nachdem am 1. Dezember mit dem Bezirksverband des Arbeiterverbandes für Thüringen grundsätzlich eine Einigung über die Umsetzung der Wäre erzielt war, fanden am 4. Dezember örtliche Versammlungen für Erfurt mit folgendem Ergebnis statt. ...

2. Arbeitszeit bleibt wie im bisherigen Vertrag bis zum 15. Februar 1918 bestehen und beträgt zurzeit 7 Stunden. ...

Der Stand unseres Verbandes.

Bezirk Hamburg.

Das Sommerhalbjahr hat weitestenteils Veränderungen nicht gebracht. Mitglieder haben wir nicht verloren, ...

Die am 1. Oktober mit einigen Ausnahmen von allen Unternehmern gegesig. Diejenigen Unternehmer, die absichtlich oder unabsichtlich nicht daran dachten, obwohl sie Kriegsbauten ausführen, ...

Der Krieg hat lähmend auf sie eingewirkt, woran die mangelhafte Ernährung in erster Linie Schuld haben. Die Unterernährung ist bei den Kollegen Hunger und Gleichgültigkeit aus, die dann das Verbandsleben hinfanteln. ...

Carl Grünig.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbande.

Die Stellungsergebnisse vom 25. November.

In den 19 berichtenden Bezirken (es fehlte nur der Bezirk Braunschweig) wurden 85 000 Mitglieder erfasst, von denen 15 966, oder vom Hundert 18,7 arbeitslos gemeldet sind. ...



mund und Stuttgart, haben gar keine Arbeitslosen gemeldet. Das Verhältnis der unterstigten Arbeitslosen zum Mitgliederstand liegt seit der Vorwoche von 0,09 auf 0,23.

Table with columns: Stadt, Zahl der Angehörigen, Zahl der Arbeitslosen, etc. Lists cities like Königsberg, Bromberg, Stettin, etc., with corresponding numbers.

Berordnungen und Proklamationen über die Sozialversicherung haben allein noch keine schaffende Kraft, wenn nicht zugleich die wirtschaftlichen und geistigen Voraussetzungen für die Sozialversicherung gesichert und gepflegt werden.

Durch diese Verordnung werden sehr viele Arbeiter und Angestellte, die bis jetzt der Krankenversicherungspflicht nicht mehr unterliegen, dieser Pflicht wieder unterstellt.

Familienunterstützung für entlassene Soldaten. Zu dieser Zeit in der vorigen Nummer wird bei uns angefragt, ob die Familienunterstützung für alle entlassenen Soldaten noch einen halben Monat länger erhalten wird.

Neu Bau.

Anfall. Am Neubau der Wollgar-Kämmerei und Spinnerei A. G. in Hainichen (Aufsichtsrat: Zementbau-Gesellschaft) verunglückte am 28. November bei ausmachungsarbeiten der Kollege Ernst.

Am 14. Dez. ist der 50. Verbandsbeitrag in diesem Jahre fällig.

Nach. Die Schulden an diesen Anfall sind hauptsächlich die Unterzählung ergeben. Zu beachten ist, daß die Bauarbeiterbeiträge von allen derzeit ausstehenden Unternehmern unter „Anfall“ der örtlichen Behörde schwer umgangen wurden.

Bankrottgeschickliche aus Reichsmitteln. Vor einigen Wochen haben wir mitgeteilt, daß nach einem Beschluß des früheren Bundesrates zur Wiederbelebung der Bautätigkeit 100 Millionen Mark aus Reichsmitteln zur Verfügung gestellt werden sollten.

Gewerkschaftliches.

Ein deutsch-demokratischer Gewerkschaftsbund. Die christlich-nationalen und die freischafflichen nationalen Gewerkschaften haben sich zu einem deutsch-demokratischen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossen.

Soziales.

Erweiterung der Krankenversicherungspflicht. Der Rat der Volkswirtschaftler hat beschlossen, daß die Höchstgrenze des jährlichen Einkommens für die Krankenversicherungspflicht von 2500 auf 3000 erhöht wird.

Eine Liste der Gefallenen werden wir Anfang nächsten Jahres wieder veröffentlichen. Wir bitten alle unsere Vereine, dafür zu sorgen, daß uns die noch nicht veröffentlichten Namen gefallener Verbandskollegen so bald als möglich eingesandt werden.

Die Steigerung der Produktion eine sozialistische Pflicht.

Was ist Sozialismus? Planmäßig zur höchsten Produktivität gesteigerte gesellschaftliche Arbeit. Auch Genosse Scheidemann hat kürzlich im „Vorwärts“ diese glänzende Formulierung ausgesprochen.

Verunglückte politische Maßnahmen sind in ihrer Tragweite lange nicht so unübersehbar wie verfehlte wirtschaftliche Maßnahmen.

Ein der schlimmsten Gefahren liegt in Neigungen, unsere Entschlüsse in wirtschaftlichen Fragen durch Bedrohungen und oft nur vermeintliche Bedürfnisse der Tagespolitik zu bestimmen.

Die der schlimmsten Gefahren liegt in Neigungen, unsere Entschlüsse in wirtschaftlichen Fragen durch Bedrohungen und oft nur vermeintliche Bedürfnisse der Tagespolitik zu bestimmen.

Bücher und Schriften.

Julian in Reichsland. Dr. Fritz Schödl, Ulmet, erschienen und erzählt von Theodor Thomas, illustriert von Dr. H. Geinrich, 100 Seiten Taschenformat, Gebunden, M. 3.50, brochiert M. 2.50.

Sterbetafel.

- Amberg. Am 5. Dezember starb das Mitglied Franz Bischof (Maurer) im Alter von 63 Jahren an Pankreasleber.
Bromberg. Am 27. November starb unser Mitglied Franz Gohlke (Maurer) im Alter von 55 Jahren an Herzschlag.
Dresden. Am 19. November starb unser Mitglied Oskar Hoppe (Hilfsarbeiter) aus Neu-Coswig im Alter von 17 Jahren an Bauchfellentzündung.

Adressenveränderungen.

Gienach. Unsern Mitgliedern zur Kenntnis, daß Dr. Hermann am 1. Dezember die Organisationsgeschäfte wieder aufgenommen hat.